Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 65. VIII. BAND 10. Juli 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg. Schlüterstr. 28.

Nr. 65. 10. Juli 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Polen.

Von

Dr. Richard Bahr.

Eine Welle der Entrüstung über die Polen flutet durch die deutsche Welt. Die ganze deutsche Welt: auch bei den deutschen Parteien Oesterreichs, und zwar, wie wir betonen möchten, bei allen, die Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen, ist der Unmut über sie im Wachsen. Es wird wohl auch kaum einen deutschen Politiker geben, der die von dem Polen im Weichselgebiet wie in Galizien und im österreichischen Reichsrat neuerdings beliebte Taktik nicht beklagte. Um so lebhafter beklagte, je mehr er von ihrer Einbeziehung in die mitteleuropäische Mächtegruppierung für die Zukunft sich versprochen hatte. Nur dass man bei den politischen Dingen wie den menschlichen überhaupt mit dem Beklagen wie mit der Entrüstung nicht weit kommt. Man muss sie zu begreifen suchen und, wenn man sich über ihre psychologischen Ursachenreihen, ihre zeitgeschichtliche Verknüpfung klar geworden ist, ruhig, nüchtern und leidenschaftslos nach dem Ausweg suchen

Dabei wird u. E. zweierlei von vornherein auszuscheiden sein: die moralische Betrachtungsweise, die sich unausgesetzt über den Mangel an Dankbarkeit bei den Polen erbost und ihnen allein um deswillen hinfort connubium und commercium verweigern möchte. Die Dankbarkeit ist schon im bürgerlichen Leben eine überaus zarte und seltene Pflanze in den Beziehungen der Völker wird nur ein Narr auf sie rechnen wollen. Begründete die Dankbarkeit wirklich dauernde ethische

Verhältnisse unter den Nationen, so dürften wir von Rechts wegen die neuerdings so viel verhätschelten Russen kaum noch anschauen. Zudem gibt es doch wohl ein unvollkommenes und schiefes Bild, wenn man sich einredet: wir Deutschen hätten die Polen fortwährend mit Wohltaten überschüttet, für die sie jetzt mit schnödem Undank zahlten. Als Wohltäter, Retter, Befreier mögen unsere Truppen den Polen erschienen sein, als sie im Spätsommer und Frühherbst 1915 die Russenherrschaft zerbrachen. Seither leben die Polen durch bald zwei Jahre unter der Okkupation, und dieses Leben ist hart. Müsste aus sehr naheliegenden und triftigen Gründen selbst dann hart sein, wenn dem, was durch Lage und Verhältnisse geboten ist, sich nicht noch allerlei Missverständnisse, Unstimmigkeiten, Missgriffe gesellten, die unter Menschen nie zu vermeiden sein werden. In solchen Situationen pflegt eine Bevölkerung nicht viel nach Dank und Undank zu fragen; da hat sie in der Regel nur den einen Wunsch, so schnell als möglich zu den normalen Zuständen zurückzukehren.

Noch unfruchtbarer aber ist die andere Methode, das polnische Problem anzupacken, die wir den „nach rückwärts gerichteten Hakatismus“ nennen möchten. Die hat sich den Mann, der das Wenn und das Aber erdacht, zum Muster genommen und lehrt: durch das Novembermanifest sei alles Unheil über die Welt gekommen. Hätten die Kaisermächte nicht damals die polnische Selbständigkeit proklamiert, so stünde es heute um vieles besser. Es scheint wirklich, als ob manche Leute bei uns die russische Revolution verschlafen haben. Die ist es doch schliesslich gewesen, die all diese östlichen Dinge — auch bei Tschechen, Slowenen und Serbokroaten — von Grund auf gewandelt hat. An der Stelle, von der aus die Polen seit Jahrhunderten nur Feindseligkeiten und seit bald 150 Jahren nur Bedrückung erfahren hatten, ist plötzlich jemand aufgestanden, der bei ihnen um Freundschaft und Waffen-

brüderlichkeit zu werben beginnt. Der laut über die Lande ruft: „Und frei erklär ich alle meine Knechte". Das hat unsere Lage in Polen verschoben: über Nacht sind wir in gewissen Sinne aus dem Sattel gehoben worden. In dem diplomatischen Spiel, das wir da im Osten spielen, hat ein fremder Eindringling eine Karte ausgespielt, auf die wir nicht gerechnet hatten. Nun sind die Polen, wenn sie Freiheit sich und Selbständigkeit erstrejten wollen, nicht mehr auf uns allein angewiesen. Das ist ein ausgesprochenes Pech, ist meinetwegen ein Verhängnis; aber ein Verschulden unserer politischen Leitung, die unausweichliche Folge einer von Anfang an falschen Rechnung vermögen wir beim besten Willen darin nicht zu erblicken.

Wieso lägen die Dinge auch nur einen Deut anders, wenn das Manifest vom 5. November nicht gewesen wäre? Wenn, wie Herr Professor Hoetzsch das verlangt, der mit jedem neuen meterlangen Aufsatz seine Unfähigkeit erweist, die grossen weltpolitischen Zusammenhänge unbefangen zu sehen, die beiden Kaiserstaaten Polen nur und ausschliesslich als „Eroberungsmächte" verwaltet hätten? Dann wäre es im besten Falle, vulgär gesprochen, „noch so", wenn nicht, nachdem einmal die russischen Lenzstürme das Land bestrichen, eine, milde ausgedrückt, höchst unwillkommene Gärung die ehemaligen Weichselgouvernements durchwühlte. Jetzt haben wir, wenn vielleicht auch nicht viele aufrichtige Freunde in Polen, so doch immerhin manchen Politiker, der in der einen oder anderen Form mit uns, mit den Mittelmächten überhaupt rechnet. Dann stünde das ganze Land wie ein Mann in Hass und Empörung gegen uns zusammen.

Die Wahrheit ist: uns ist ein politisches Kalkül durch die Ungunst des Schicksals zusammengebrochen. Wir werden in gewissem Umfange neu aufzubauen haben. Dabei kann natürlich keine Rede davon sein, dass wir, wie die Herren Hoetzsch und Bernhard das vorschlagen, in der Weise des alten Fürstenstaates Polen

mit Land und Leuten den russischen Machthabern von übermorgen als Brautgeschenk darbringen. Auch sonst wohl wird auf manches, was in die Verhältnisse sich nicht mehr schickt, zu verzichten sein. Wir haben, wie die Dinge heute liegen, kein sonderliches Interesse daran, dass die polnische Armee, die sich doch nicht mehr gegen den Feind im Osten kehren kann, noch während des Krieges sich formiert. Es kann vielleicht auch sich empfehlen, das staatsrechtliche Gebilde, das wir im November vorigen Jahres im Auge hatten, in dem einen oder andern Stück abzuändern und umzuformen. Auch dann gibt es wohl noch allerhand Möglichkeiten, wie wir unsere Interessen wahren und ihnen die polnischen durch das Band gemeinsamen Nutzens, des einzigen, das in den Beziehungen der Völker Halt und Dauer verspricht, verknüpfen. Vielleicht ist man jetzt sogar dabei, eine von diesen Möglichkeiten zu finden, die mit ihren militärpolitischen und wirtschaftlichen Sicherungen dem deutschen Staate gerecht wird und der deutschen Gesamtnation dazu: ihren österreichischen Teil nämlich inbegriffen, auf dessen pfleghafte Behandlung wir jetzt, da der Nationalitätenstreit in der Donaumonarchie so bedenklich sich zuzuspitzen beginnt, doppelt angewiesen sein werden.

Herr Professor Hoetzsch hat nun freilich diese Möglichkeit von vornherein abzuwürgen versucht. Er hat am letzten Mittwoch in der „Kreuz-Zeitung“ versichert: die Beziehungen zu Russland wirkten geistig wie wirtschaftlich weiter, die Polen blieben nach wie vor russisch orientiert. Es ist die Eigenart dieses Schriftstellers, dass er immer nur behauptet, nie beweist. Bestimmte, uns bekannt gewordene Tatsachen zeigen ein durchaus anderes Bild. Lehren, dass sogar die hinter der russischen Front lebenden Polen — gewiss nicht aus Liebe zu uns, aber aus diplomatischer Klugheit und in ihrem wohlverstandenen nationalen Interesse — es bisher abgelehnt haben, sich als Sturmböcke gegen die Zentralmächte gebrauchen zu lassen. Sie haben,

obschon von den Nationaldemokraten mit fanatischem Eifer dafür agitiert wurde, dass Gutschkowsche Projekt zerschlagen, aus den rund 300000 Polen, die von den Russen seit Jahr und Tag aus den Reihen der Kämpfer gezogen worden waren, eine Armee gegen Deutschland zu bilden. Auch die gleissnerische Verheissung, dass aus Amerika und Frankreich die Emigranten in hellen Scharen den neuen Fahnen zuströmen würden, hat sie nicht irre gemacht. Sie haben sich auch nicht gescheut, die Autorität des Warschauar Staatsrats als des derzeit einzigen offiziellen Organs des Gesamtpolentums anzuerkennen, obwohl Entente und Nationaldemokraten nicht müde werden, diesen Staatsrat als Kreatur von Berlin zu verdächtigen. Dabei ist — Graf Wielopolski verschwand, Herr Dmowski trat in den Hintergrund — der jetzige Führer der russischen Polen, der ehemalige kadettische Dumadeputierte Lednicki, von der provisorischen Regierung mit dem Range eines Ministers bekleidet worden und wohnt den Ministersitzungen bei. Und auch sonst hat es an lockenden Anerbietungen für die Polen, sogar an Taten sehr handfesten Entgegenkommens nicht gefehlt.

Das alles scheint uns darzutun, dass die polnischen Dinge zwar verwickelter wurden, doch noch nicht hoffnungslos. Mit ruhiger Klarheit, Entschiedenheit, festem Willen werden sie sich meistern lassen. Mit hitzigen Polemiken gegen Gott und alle Welt und hysterischem Gekreisch, das seine Argumente allein aus der Rüstkammer des Vorurteils und der Vergangenheit nimmt, nie. (Berliner Börsen-Zeitung.)

Ein Kapitel aus den deutsch-polnischen Kulturbeziehungen.

Von **Alexander Brückner.**

Den notwendigen, äussern Anstoss zu den folgenden Ausführungen gab ein Aufsatz in den „Grenzboten“

von Prof. Oetker, „Das deutsche Element im Polnischen“, der auszugsweise auch in anderen Veröffentlichungen verbreitet, den Gegenstand nicht darstellt, sondern entstellt. Herrn Oetker sind nämlich die zahlreichen deutschen und polnischen Arbeiten über diesen Gegenstand ganz unbekannt geblieben; er kann kein Polnisch, sein polnisches Wissen beruht auf einem Taschenwörterbuch, dessen Angaben er nicht versteht; ausserdem ist ihm deutsche Sprachwissenschaft völlig fremd — daher treffen alle seine Erwägungen stets nur vorbei und es wäre überflüssig, mit ihm zu polemisieren; wir setzen einfach an die Stelle seiner Irrtümer das Richtige, ohne ihn weiter zu erwähnen.

I. Was bedeuten die zahlreichen deutschen Elemente im polnischen Sprachschatz? Dasselbe, was die ebenso zahlreichen romanischen im deutschen. Bekanntlich ist die deutsche Sprache ohne die romanischen Kulturwörter undenkbar. Romanischen Ursprungs sind die Namen sogar von Körperteilen, mit Körper und Kopf beginnend, die von Tieren, mit Pferd und Esel an der Spitze, die von Pflanzen, von der Pflanze selbst an und so durch alle Natur und Kultur; Mauer und Strasse, kaufen und schreiben, dichten usw. usw. tragen ebenso romanische Namen, wie Gefässe in Haus und Hof, namentlich im Garten und Keller, wie die gesamte Kirche und Amt. Und aus alle dem folgt weiter nichts: es ist einfach die europäische Kultur, die im Morgenlande, in Griechenland, zuletzt in Rom entstanden, vermehrt, vertieft, den Weg über Alpen und Rhein zu den Germanen finden musste, bei ihnen nicht stehen bleiben konnte, sondern weiter zur Oder und Weichsel vorrücken sollte und sich hier den Polen mitteilte. Es war keine besondere deutsche Kultur, sondern einfach dieses europäische Gemeingut, das mittelbar oder unmittelbar, in deutscher Färbung und ohne solche, den am europäischen Leben teilnehmenden Polen zukam; die Deutschen hatten ebenso dieses Gemeingut fertig erhalten, nicht etwa selbst geschaffen und gaben es nunmehr wei-

ter. Auf einzelnen Gebieten ist dieses europäische Gemeingut noch besonders in der späteren Zeit reichlichst ausgestaltet; man nehme z. B. das gesamte Militärische mit seinen Rangabstufungen, etwa vom Leutnant bis zum kommandierenden General des Gardekorps; dasselbe wiederholt sich natürlich im Polnischen, wie im Russischen oder im Englischen usw.

II. Das sind die Lehnwörter, ohne die es keine europäische Sprache gibt, die das Kulturband bilden, das sich gleichmässig um alle europäischen Sprachen schlingt, sie förmlich vereint, ihnen allen ein gemeinsames Gepräge aufdrückt, durch keine Puristen zu beseitigen ist. Ganz anderer Art sind die Fremdwörter, die ebenso das Deutsche wie das Polnische verunzieren, weil sie völlig überflüssig sind, gegen die der Purist mit Recht einen erbitterten Kampf führt, gegen die sich zwar Gebildete wehren, aber das Volk sich gleichgültig verhält, sie ruhig aufnimmt, sich gefallen lässt, aus Bequemlichkeit oder Angewöhnung, ohne natürlich etwas sich dabei zu denken. So heisst z. B. das Regiment und sein Oberst im Polnischen nur pułk und pułkownik, der Leutnant nur porucznik; statt dieser uralten und echten Bezeichnungen braucht der im deutschen und österreichischen Heere dienende Offiziersbursche oder Gemeine die fremden, ihm geläufigen Ausdrücke: regiment, pan oberszt, lajtnant — nur beweisen sie nichts für das Polnische selbst, das übrigens auch in alter Zeit, wegen der deutschen Söldner in polnischen Diensten, namentlich für diese fremden Regimenter die fremden Ausdrücke vielfach brauchte.

Oder man nehme einen Wagen. Jeden Bestandteil des Wagens benennt der Pole mit eigenen Ausdrücken, weil der gesamte Wagenbau, ebenso z. B. wie die gesamte Webetechnik, uraltes slavisches Erbgut darstellt, das auf heimischen Boden entstanden, die heimischen Ausdrücke fortführt. Aber ebenso gibt es keine Gegend in Polen, wo nicht neben diesen uralten auch junge, deutsche Ausdrücke vereinzelt vorkommen würden; je-

desmal schwanken dabei die einzelnen Gegenden. So heisst z. B. die Deichsel ziemlich allgemein dyszla und dyszel, aber gerade in Oberschlesien und bei den Kaschuben, also in den am meisten an deutschen Elementen reichen Sprachgebieten findet man dafür noch heute den uralten Namen oje oder den jüngeren ciągło oder ciągadło und dasselbe Schauspiel wiederholt sich bei jedem anderen Wagennamen. Nur machen diese Fremdwörter nicht die Sprache aus, sie gehören nicht zu ihr, können jeden Augenblick ausgemerzt, ersetzt werden; sie stören modernes Sprachbewusstsein, das empfindlicher geworden ist, sich auf sich selbst besinnt, mit Vorliebe mit eigenen Mitteln Haus hält. Man denke, wie die deutsche Sprache z. B. im 17. Jahrhundert aussah, wie auch noch später der deutsche Ausdruck vom französischen oder lateinischen beherrscht wurde, wie noch heute die zahllosen Zeitwörter auf ieren, von exerzieren oder spazieren beginnend, durch das ganze Alphabet hindurch die deutsche Sprache schimpfieren.

III. Solche Fremdwörter, deren Grenze sich gegen die der echten Lehnwörter, Kulturwörter, nicht immer genau abstecken lässt, sind nun durch das Zusammenleben von Deutschen und Polen vielfach ins Polnische eingedrungen; der umgekehrte Vorgang fand ungleich seltener statt, obwohl auch er nicht ausgeschlossen ist. So sind z. B. die deutschen Wörter Grenze oder Petschaft, Peitsche oder Dolmetsch, Zeisig oder Stieglitz usw. nicht deutsch, sondern slavisch, und in alter Zeit oder lokal noch heute gab es dieser Slavismen im Deutschen mehr z. B. Temnitz für Gefängnis, Dörnitz (Döns) für Stube, pomadig für langsam, sogar im Bergbau, dessen Quarz und Gneiss man aus dem Slavischen herleiten wollte. Aber auf der polnischen Seite gibt es dieser Lehn- und Fremdworte ungleich mehr, schon aus dem einfachen Grunde, weil deutsche Bauern, namentlich aber deutsche Bürger, sich in polnischen Gegenden und an polnischen Burgen früh ansiedelten, ihre Spra-

che lange behielten, ehe sie sich in der fremden Umgebung langsam auflösten und diese Umgebung in dem jahrhundertelangen Verkehr beeinflussten. Im Handwerk, im städtischen Leben überhaupt, mit all den Einzelnheiten in der Ratsstube beginnend und im Rinnstock endigend, haben sich diese deutschen Ausdrücke eingenistet und im 14. und 15. Jahrhundert sogar grössere Ausdehnung gehabt, als heutzutage, wo sie vielfach ganz vergessen sind. Heute „schindet" höchstens ein polnischer Student eine deutsche Vorlesung und niemand kennt dieses Wort ausserhalb des Universitätjargons, aber im 14. Jahrhundert „schindete" der polnische Adlige auf der Landstrasse den fremden Kaufmann oder „gewisste" ihn vor dem Richter — seit Jahrhunderten schon versteht kein Pole mehr diese Ausdrücke, die ihm doch im 14., ja noch im 15. Jahrhundert, wie seine Gerichtsbücher beweisen, ganz geläufig waren d. h. neben den eigenen, echten, neben der alten chąsa (die aber nichts mit der Hansa zu tun hat) u. a. Aus diesem Zusammenleben, das im 13. Jahrhundert in der Bressla (Breslau aus Wrocław), Kraka (Krakau aus Kraków), Posna (Posen aus Poznań) usw. begonnen hat und sich bis zum 16. Jahrhundert fortsetzte, als das einheimische Element, ausser in Schlesien und Preussen, den naturnotwendigen, durch keinerlei gewaltsamen oder auch nur künstlichen Eingriff beschleunigten Sieg über das eingewanderte davontrug, erklären sich ungezwungen diese zahlreichen deutschen Bezeichnungen im Polnischen, die übrigens mitunter ihren Weg nicht unmittelbar, sondern durch böhmische Vermittlung hindurch ins Polnische gefunden haben.

Denn nicht das Polnische ist die an Germanismen reichste Sprache; seine westlichen, ihm vorgelagerten Sprachen, das Böhmische, Wendische, Slovenische sind es ungleich mehr. Und der Unterschied ist, wie bei allen starken quantitativen Verhältnissen, zugleich auch ein qualitativer. Denn nur das äusserlichste, der blosse Wortschatz des Polnischen, nicht seine innere Sprach-

form ist vom Deutschen berührt; jene seine Nachbarn dagegen denken vielfach deutsch und drücken das deutsch gedachte mit slavischen Worten aus; der Pole muss sich ihre Wendungen und Worte ins Deutsche zurückübersetzen, wenn er sie genauer verstehen will. Nur der schlecht sprechende Pole, der ausser der deutschen Schule, der deutschen Lektüre und dem deutschen Amt nichts anderes kennt, verfällt ab und zu in einen ähnlichen Fehler d. h. wiederholt wörtlich polnisch, woran er im Deutschen gewöhnt ist. Nur im äussersten polnischen Nordwesten, bei den Kaschuben, oder bei den protestantischen Masuren treten ähnliche Erscheinungen auf, sagt z. B. der Kaschube wörtlich nach dem Deutschen on ma czytane = er hat gelesen, statt on czytał. In Oberschlesien, bei den Wasserpolen, trifft man kaum auf ähnliches, höchstens, dass sie wörtlich das Sie der Anrede mit dem entsprechenden oni, statt durch das polnische wy oder Pan wiedergeben. Aber von schlecht sprechenden Polen oder von diesen äussersten, von Deutschen fast ganz umgebenen Gegenden ist kein Schluss auf das richtige, namentlich nicht auf das schriftgemässe Polnisch zu ziehen; dies sind eben nur Ausnahmen. Zu solchen gehören auch versteckte Germanismen, z. B. wenn der Westpreusse die Lärche (den Baum) słowik nennt d. h. mit Lerche (Singvogel) verwechselt, genau wie jener deutsche Soldat 1870 den Maire in Verlegenheit setzte, als er von ihm, kraft seines Wörterbuches, statt einer Metze Hafer une fille d'avoine verlangte — es ist dies keine erfundene Geschichte, ähnliches kam mir in meiner Praxis mehrfach vor; Prof. Oetker z. B. macht denselben Fehler, ebenso meine deutschen Prüflinge. Die Bequemlichkeit, das falsche Streben nach Wörtlichkeit, verursachen ähnliche Fehler, wie wenn der Pole z. B. im Posenschen deutsches auffallend oder vermitteln nicht durch den begrifflich entsprechenden, adäquaten polnischen Ausdruck wiedergibt, sondern sie wörtlich genau übersetzt und beim Warschauer Polen nur ein Lächeln oder Missverständnis hervorruft.

IV. Eine starke Fehlerquelle bei der äusserlichen, auf Unkenntnis der wahren Verhältnisse beruhenden Betrachtung der Sprache ist der Schein; das deutsche und das polnische Wort ähneln sich irgendwie zufällig nur durch Klang und Sinn und werden nun gleichgesetzt, dem polnischen Wort wird deutscher Ursprung nachgesagt. Sogar unsere besten wissenschaftlichen Darstellungen, das durch den vorzeitigen Tod leider unvollendet gebliebene Fremdwörterbuch von Karłowicz oder Prof. Bernekers Etymologisches slavisches Wörterbuch wimmeln von solchen Fehlern, lassen sich durch den blossen Schein trügen — darnach kann man ermessen, wie oft Prof. Oetker in diesen Fehler verfällt, polnische Worte als aus deutschen entlehnte hinstellt, was gar nicht zutrifft. Oben ist absichtlich das altpolnische chansa-Raub genannt, weil noch Berneker es aus dem Namen des „ehrbaren Kaufmanns", der Hansa, entlehnt sein lässt, während ich auf Grund eines altbulgarischen Wortes den richtigen slavischen Ursprung ermittelte. Oder es galt mleko (aus älterem melko) als entlehnt aus dem deutschen Milch, weil es dasselbe bedeutet, bis ich nachwies, dass nur der Kobold Zufall beide Worte, die trotz des scheinbaren Zusammentreffens in Klang und Sinn nichts miteinander gemeinsames haben, sich völlig fremd sind, vereinigt hat. Das richtige kritische Verfahren, d. i. der Vergleich mit anderen slavischen Sprachen, die Erwägung des Alters des Wortes, seiner Verbreitung und Geschichte können allein uns jene bis heute häufigen Fehlschlüsse vermeiden lassen.

V. Aber vom Schlechtsprechen und Falschdeuten kehren wir zu den wirklichen Entlehnungen zurück und fragen noch, woran erkennt man, ob man es mit einem Lehn- d. i. Kulturwort, das zur Sprache gehört, von ihr einverleibt, verdaut ist, oder nur mit einem überflüssigen Fremdwort, das aus ihr leicht auszuscheiden ist, zu tun hat? Die Antwort wird schon durch die Fragestellung gegeben. Das Fremdwort bleibt eben äusserlicher Flit-

ter, ist unfruchtbar, gibt das Fremde unverändert nach Klang und Sinn wieder; das Lehnwort weist dagegen oft die weitreichendsten Veränderungen von Klang und Sinn und die weitreichendste Verzweigung auf. Das Polnische verfährt mit seinen deutschen Lehnworten ebenso wie das Deutsche mit seinen romanischen; wie weit ist z. B. kaufen, käuflich, Kaufmann, Verkauf, Vorkauf usw. von seinem lateinischen Mutterwort, dem Schankwirt caupo entfernt usw. Ebenso im Polnischen. Während überflüssige Fremdwörter wie glanc oder frajda (das letztere kommt nur in dem Wälsch der Gasse vor) das deutsche Wort einfach wiederholen, ist ein altes Lehnwort wie waga Wage oder dzięka Dank oder sztuka Stück im Polnischen seine eigenen selbständigen Wege gegangen, hat eine Menge von Sprossen getrieben, ist ungleich reicher entwickelt, als im Deutschen selbst. Das Polnische verfuhr eben damit wie mit eigenstem Sprachgut, sein sztuka wurde ihm zu Kunst, sztuczny zu künstlich, sztuczność zu Künstlichkeit, obwohl es daneben, wie das Mutterwort, weiter Stück (auch = dramatisches Stück) bedeutet. Unzählig sind die Verzweigungen von waga; rozwaga ist die wägende Umsicht, zniewaga die nicht abwägende verletzende Unbill, uwaga die Aufmerksamkeit und Bemerkung zugleich, przewaga das Uebergewicht und die Uebermacht, odwaga der entschlossene Mut, der etwas wagt, powaga das wägbare Ansehen und Ernst usw. Ebenso verhält es sich mit dzięk oder dzięka (der Pole wechselt öfters das Geschlecht des deutschen Wortes), es wiederholt sich in wdzięczny dankbar, in wdzięk = Anmut (übersetzt nach dem Grazie des Italieners), dziękczynny = danksagend, niewdzięczność = Undankbarkeit, zawdzięczyć = verdanken, wywdzięczyć się = entlohnen, entgelten usw. Ja, mitunter wird, wie im deutschen Pfalz und Palast, dasselbe Wort als altes Lehn- und jüngeres Fremdwort auftreten, neben dzięka ein Dank sich einstellen u. a.

VI. Es ist somit ein weites und reiches Kapitel der Sprachgeschichte, die Ermittelung der deutschen Lehn-

worte im Polnischen und bis heute bleiben, trotz zahlreicher Arbeiten deutscher und polnischer Gelehrten manche Einzelheiten unaufgeklärt, z. B. das Verhältnis von polnisch żart und deutsch Scherz — wie kam der Pole zu einer niederdeutschen, aber nicht auffindbaren Form des Wortes, da er meist nur aus dem mitteldeutschen schöpfte? Bei anderen Namen ist man sich nicht immer im Klaren, auf welcher Seite die Entlehnung vorliegt usw. Freilich, im Grossen und Ganzen lassen sich die Verhältnisse wohl übersehen, nur dürfen auf sie keine weitgehenden Schlüsse gebaut werden. Sie sind von der Vergangenheit geschaffen, zum grossen Teil, als der Pole, wie andere Slaven, in ganz unberechtigter Xenomanie d. i. in willkürlicher, unbedachter Nachahmung und Aufnahme alles Fremden, mit Entäusserung, Verschleuderung seines eigenen Sprachschatzes fremden sich beilegte, darüber den eigenen schliesslich vernachlässigte, ja ganz vergass. Noch im 15. Jahrhunderte besass der Pole echte slavische Ausdrücke, die er im folgenden schon zu Gunsten des deutschen aufgab. Und diese üble Angewöhnung setzte er, zumal in den niederen Volksschichten, bis heute fort, obwohl bei den Gebildeten, in der Schriftsprache, längst diesem ziel- und planlosen „Bereichern“, tatsächlichen „Verarmen“ der Sprache ein Ende bereitet ist. Ohne irgendwelche Künstelei ist der schriftpolnische Ausdruck so echt einheimisch, so urwüchsig, dass wie die Ader im schöngefleckten Marmor, diese alten fremden Züge nicht auffallen, zum Totaleindruck zu gehören scheinen, an der Reinheit und Fülle des Eigenen keine wesentliche Einbusse bewirkt haben. Wie so vieles andere, wie der Glaube, die Kultur, die Lebensgewohnheiten des Polen sind sie nur ein Zeugnis mehr für die Zusammengehörigkeit des Polen mit dem Westen, für seine Trennung vom Osten, doch ohne dass sich irgendwelche politische Folgerungen oder Tendenzen darauf aufbauen liessen; dazu ist Sprache nicht berechtigt noch befähigt, sie vermag nicht der Geschichte, Politik Wege zu wei-

sen, ihre Aufgabe ist eine andere — folgt irgend etwas daraus, dass z. B. im russischen Heerwesen (denn so nennen wir jetzt offiziell alles militärische) die meisten Ausdrücke bis zum Gefäss des Säbels hinunter deutschen Ursprunges sind? Dahinter steckt nichts weiter, als die Erinnerung an einstige Vorgänge, die endgiltig blosser Geschichte angehören. Inniger, weil näher, sind die Wechselbeziehungen zwischen Deutsch und Polnisch, die sich eng berühren, an langen Grenzen durcheinander gehen, schon seit vielen Jahrhunderten im Austausch sich befinden — möge deren heutige Entwickelung zum Vorteil beider, bei aller ihrer Selbständigkeit einander gegenüber, unter den Auspizien der Vergangenheit gedeihlichst fortschreiten!

Der Zutritt zum Meer.

Die Köln. Zeitung vom 24. Juni schreibt: In dem grosspolnischen Programm, das kürzlich in Krakau proklamiert wurde, befindet sich auch die Forderung, dass das geeinte Polen einen freien Zutritt zum Meere haben solle. Wenn früher die polnischen Nationaldemokraten in der Hoffnung auf einen russischen Sieg diese Förderung aufstellten, so war unter ihr offenbar zu verstehen, dass die preussische Provinz Westpreussen, von ihrem Mutterlande abgetrent, diesen freien Zugang zum Meere für Polen bilden sollte. Bei der heutigen Kriegslage muss eine Erfüllung der polnischen Wünsche gegen den Willen Deutschlands als ausgeschlossen gelten, zumal wenn diese Forderung aus einer der grössten Städte des uns befreundeten und verbündeten Oesterreich-Ungarns zu uns herüberklingt. Um solchen naheliegenden Missdeutungen entgegenzutreten, hat denn auch der Führer der polnischen Sozialdemokraten, der Abgeordnete Daszyński, im österreichischen Reichsrat die bekannte Krakauer Resolution so ausgelegt, dass das Verlangen nach einem Zutritt zum Meere einen

Zugang durch ein Stück der kanalisierten Weichsel zum Hafen von Danzig bedeute. „Wird es nicht“ hat er hinzugesetzt, „im Interesse Deutschlands liegen, die Bedeutung Danzigs zu heben, und ihm ein riesiges Hinterland zu schaffen?

Ob das Interesse Deutschlands daran so überwiegend ist, mag dahingestellt bleiben. Für die wirtschaftliche Entwicklung Polens ist aber, das muss zugegeben werden, ein freier Zugang zum Meere ein Faktor, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Wenn ein Land sich zu wirtschaftlicher Blüte entwickeln soll, so ist die Verbindung mit der grossen Wasserstrasse der freien Meere allerdings von entscheidender Wichtigkeit; denn nur durch billige Wassertransporte können die Konkurrenzfähigkeit und der Absatz auf dem Weltmarkt ermöglicht werden. Mit Recht aber wird für den polnischen Patrioten die wirtschaftliche Hebung seines Vaterlandes das wichtigste Mittel darstellen, um einen politischen und kulturellen Aufstieg des polnischen Volkes herbeizuführen. Dieser ist aber, das zeigt ein Blick auf die Karte, nur mit, nicht gegen Deutschland in den gegenwärtigen Verhältnissen zu erreichen. Denn wenn wir auch von jener günstigsten Verbindung durch die Weichsel nach Danzig absehen, so würden auch weiter nördlich zu suchende Anschlüsse an die Ostsee bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen nur mit, nicht gegen Deutschland zu erreichen sein.

Es ist bekannt, dass rein stimmungmässig vieles an dem deutschen Wesen den Polen antipathisch ist, aber mit Stimmungen wird keine Politik gemacht, und letzten Endes entstehen alle politischen Gefühle aus zugrunde liegenden Interessen. Eine vernünftige polnische Wirtschaftspolitik kann, von allem andern abgesehen, sich keinen Täuschungen darüber hingeben, was bezüglich des Zugangs zum Meere Deutschland, und nur Deutschland, dem künftigen polnischen Staat zu bieten vermag. In den wirtschaftlichen Verhältnissen

vor allem liegt die Hoffnung begründet, dass sich allmählich eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft herausbildet, die dann auch eine gefühlsmässige Annäherung zwischen beiden Völkern wird herbeizuführen vermögen. Gerade durch ihren Gegensatz scheinen beide Völker zur Ergänzung bestimmt. Das solide Fundament für eine solche von der Zukunft zu erhoffende Entwicklung kann aber nur in kühl und nüchtern erwogenen Interessen gefunden werden. Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Ohne einen solchen realpolitischen Einschlag sind alle polnischen Zukunftsträume dazu bestimmt, sich in eitel Rauch und Dunst aufzulösen.

Danzig — Polens Hafen?

Im Berliner „Industrie-Kurier" No. 25 schreibt Dr. Hermann Steinert-Königsberg i. Pr.: Im österreichischen Abgeordnetenhause hat kürzlich der Pole Daszyński verständige und beachtenswerte Worte über den polnischen Wunsch nach einem Ausweg zur See für Polen und über Danzig als Hafen Polens gesprochen. Er wies darauf hin, dass Polen Danzigs natürliches Hinterland sei, und dass Deutschland zufrieden sein könne, wenn Danzig infolge eines engeren Anschlusses an Polen emporblühe. Dieser Anschluss und damit der polnische Handelsweg zur See würde aber gegeben sein, wenn den Polen die Weichsel nach Danzig hin offen stände. Mit anderen Worten: Freie Schiffahrt auf der Weichsel ist alles, was man in Polen unter dem Wunsch nach einem Ausweg zur See versteht. Freie Schiffahrt auf der Weichsel muss aber auch im Interesse der Entwicklung Danzigs gefordert werden. Sie hat theoretisch übrigens schon lange genug bestanden.

Im Schlussprotokoll des Wiener Kongresses von 1815 wurde in längeren Ausführungen über die Flussschiffahrt neben Rhein und Donau besonders auch die Weichsel genannt. Die Schiffahrt sollte da frei, die Weichsel eine internationale Wasserstrasse sein, deren

Benutzung über die ganze Länge allen beteiligten Staaten freistehen müsste. Leider hat man aber diesen Wiener Beschluss nicht beachtet, namentlich von russischer Seite ist die Weichsel völlig vernachlässigt worden, und man hat der Schiffahrt in Polen stets grosse Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Es ist eine uralte Binsenwahrheit, dass Danzig der natürliche Hafen von Polen sei. In früheren Jahrhunderten ist es das immer gewesen; fast der ganze polnische Handel bewegte sich über Danzig. Aber die russische Verkehrspolitik hat diese Binsenwahrheit nicht anerkannt. In neuerer Zeit ging Polens Aussenhandel, soweit er sich nicht nach dem inneren Russland richtete, mehr über Bremen, Hamburg und Stettin einerseits und Libau und Riga andererseits wegen der guten Eisenbahnverbindungen mit diesen Häfen, als über Danzig. Schuld daran war in erster Linie der schlechte Zustand der Weichselwasserstrasse in Polen, das Fehlen von Hafenanlagen in Polen und die Erschwerung durch Zollplackereien u. a. m. Es ist also nötig, dass diese Missstände beseitigt werden.

Wenn nun in Polen der Wunsch nach einem Handelsweg zur See hervortritt, so bedeutet das, richtig ausgelegt, die Forderung nach einer Regulierung der polnischen Weichsel und nach einer Verbesserung der Weichselwasserstrasse in Westpreussen. Hierdurch würde zugleich Galizien einen billigen Wasserweg zur See erhalten, Galizien, das ebenfalls noch zum Hinterland von Danzig gehört und in alter Zeit einen lebhaften Handel mit Getreide, Holz und Metallen nach Danzig gehabt hat. Notwendig ist es ferner, dass der Schiffahrt keinerlei Schwierigkeiten in Gestalt von Abgaben in den Weg gelegt werden, und dass die Schiffe aller Uferländer der Weichsel in allen Strecken der Weichsel gleich behandelt werden.

Eine weitere Forderung der Polen wird wahrscheinlich dahingeben, dass für den Durchgangshandel über Danzig auf der Weichsel keine Zölle erhoben werden.

Durchführzölle für die Weichselwasserstrasse müssten völlig wegfallen. Das würde sowohl der Weichselwasserstrasse wie auch dem Hafen Danzig zugute kommen.

Vom österreichischen Reichsrat.

Herrenhaus.

In der Sitzung vom 28. Juni ergriff das Wort Dr. Ritter v. Biliński zu folgenden Ausführungen: Dr. Ritter v. Biliński führte aus, wenn er sich in diesem Augenblicke als Pole fühle, könne er sich auf die fünfzigjährige Tradition berufen, an welcher jederzeit festhaltend die Polen in beiden Häusern des Reichsrates ohne Rücksicht auf ihre politische Stellung und ohne Rücksicht darauf, wie sie sich zur jeweiligen Regierung stellten, für die Staatsnotwendigkeiten zu stimmen sich verpflichtet hielten und auch dafür stimmten. Man dürfe sich an die Vorgänge nicht stossen, die sich vor kurzem im Polenklub und im Abgeordnetenhause abspielten, am wenigsten darf man, wie das so oft vorkommt, gleich von Hochverrat sprechen. Der Polenklub hat ja für die Staatsnotwendigkeiten gestimmt und es war kein luogo di trafico, denn dem Polenklub ist dafür nichts gewährt worden, aber man muss sich ein klein wenig in die Gefühle der Bevölkerung nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre hineindenken können.

In Galizien und in Polen stand die Armeeverwaltung lange Zeit — heute nicht mehr — im schroffsten Widerspruch mit den grossen politischen Zielen der Monarchie. Denn es war das eingestandene Ziel und Programm der österreichischen Regierung, das Königreich Polen zur Monarchie zu bekommen. Das Unglück bestand darin, dass das Armeeoberkommando nicht in der Hand des Monarchen geblieben ist. Denjenigen, die Einfluss hatten, hat immer der Gedanke vorgeschwebt, nicht dass Polen errichtet wird, sondern dass die polnische Bevölkerung womöglich gedrückt, dass sie als Verräter hingestellt werde. Wir sind unserem jetzigen Kaiser schon für vieles Dank schuldig. Wofür wir ihm aber am tiefsten danken, ist, dass er das Oberkommando übernommen hat. (Beifall.)

Durch eine Reihe von Monaten, beinahe zwei Jahre, haben die Behörden, offenbar nicht absichtlich, unter der polnischen Bevölkerung im Königreiche Polen durch ungeschickte Verwaltungsmassregeln die russische Orientierung gefördert. Das hat mit einem Ruck aufgehört. Im Königreich Polen ist jetzt ein Generalgouverneur ernannt worden, der die Vollmacht hat, Ordnung zu machen. Es geschieht das so schnell, dass nun im Königreich Polen alles österreichisch denkt. Die Leute haben unsere Armee mit Enthusiasmus empfangen.

Sie wollten unsere Monarchie, sie sind enttäuscht worden. Die Folgen dieser Enttäuschung wurden jetzt beseitigt. Wir wollen hoffen, dass auch gegenüber der Bevölkerung Galiziens sympathischere Verwaltungsmaximen praktiziert werden. Zur Besprechung der polnischen Frage übergehend, führt Redner aus: Wir glauben daran, dass die Zentralmächte siegen werden. Wenn sie siegen, müssen sie das Königreich Polen erobern, wenn das geschieht, muss das Königreich Polen der Monarchie einverleibt und in der Monarchie unter dem Szepter unseres Kaisers mit Galizien ein selbständiges Königreich Polen gebildet werden, wie das bezüglich Oesterreichs und Ungarns der Fall ist. Das ist gar keine kühne, sondern eine nüchterne prosaische Konstruktion. Wenn uns von der Entente Angebote gemacht werden, so besteht der Unterschied darin, dass die Entente verschenkt, was sie nicht hat, während die Zentralmächte uns Gebiete versprechen, die sie besitzen. Auch die russische revolutionäre Regierung hat ein Königreich Polen versprochen, aber unter der Bedingung, dass wir mit ihnen eine Kriegskonvention schliessen. Es wäre der grösste Undank für den Kaiser, wenn wir die Bedeutung des Staatsaktes vom 5. November unterschätzen würden.

Wir brauchen nicht die Hilfe der Entente zu unserer Befreiung, wir sind viel freier als andere ausserhalb der Monarchie. Wenn eine Befreiung nötig sein sollte, werden wir sie durchführen mit dem Kaiser, mit dem Parlament und einer uns genehmen parlamentarischen Regierung. Wenn man dabei an die Lösung der grossen Nationalitätenfrage denkt, so werden auch diese Frage wir durchführen und nicht die Entente. Graf Clam-Martinic hat einen Gedanken gefasst, der als Gedanke gross ist, wenn man ihn gross auffasst. Er ist aber zu plötzlich gekommen und dann war die Form zur Herbeiführung des Völkerfriedens vielleicht nicht ganz glücklich. Ebensowenig wie der Krieg kann auch der Friede selbst Zweck sein. Und darum geht es nicht an, von einem Frieden um jeden Preis zu sprechen. Der Friede muss, wie der Ausdruck lautet, ehrenvoll sein. Wenn im Abgeordnetenhause die durch den Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung des Ministers des Aussern jüngst bemängelt wurde, so handelt es sich da nur um eine formelle Frage. Ich bin ein grosser Verehrer des staatsmännischen Talentes des Grafen Czernin. Aber ich muss sagen, derjenige, der diese Erklärung textiert hat, hat ihm einen schlechten Dienst erwiesen. Nirgends in der Welt wäre es ja technisch möglich, dass die Völker den Frieden schliessen. Das kann nur durch die Staatsgewalt und in monarchischen Staaten durch den Kaiser geschehen, selbst wenn es in den Staatsgrundgesetzen nicht stünde. In diesem Sinne kann man also nicht sagen, dass die Völker den Frieden machen, aber niemand kann behaupten, dass die Völker zwar den Krieg führen und physisch und materiell Opfer bringen, dann aber in der Friedensfrage nichts dreinzureden haben. So kann es Graf Czernin auch nur gemeint haben. In der Friedens-

frage wird das Parlament gehört werden müssen und es wird ja auch gehört. Da wir die Intentionen unseres Kaisers und seine Hochherzigkeit kennen und weil wir uns des Glückes seiner Sympathien rühmen können, warten wir beruhigt auf den Frieden in der festen Ueberzeugung, dass wir durchhalten werden bis zum Augenblick des Friedensschlusses. Wir werden daher um so freudiger für das Budgetprovisorium stimmen, in dem auch die Auslagen für den Krieg enthalten sind (Beifall.)

Erzbischof Teodorowicz (Rechte) führt aus, er müsse in Erfüllung einer nationalen Pflicht auf die gestrige Debatte zurückkommen und sich mit den Ausführungen des Fürsten Auersperg beschäftigen. Er schätze die Ueberzeugungskraft hoch, welche in dessen Worten zutage trat. Aber dasjenige, was Fürst Auersperg sprach, beruht in vieler Hinsicht auf Unkenntnis der Verhältnisse. Redner könne sich zunächst auf das Zeugnis des Generalmajors Diller berufen, dass man von Hochverrat beim polnischen Volke absolut nicht sprechen könne. Man wisse, dass dieser Vorwurf gegen das ukrainische Volk gerichtet wird. Redner wolle weder als Kläger noch als Richter auftreten, er konstatiere diese Tatsache und überlasse den Abgeordneten des ukrainischen Volkes, gegen diese Beschuldigung Stellung zu nehmen. Er selbst sei während der ganzen russischen Invasion in Lemberg gewesen. Er könne Hand aufs Herz vor aller Welt bezeugen, dass die polnische Gesellschaft — die ruthenisch-ukrainische schliesse er nicht aus — sich loyal im vollsten Sinne des Wortes benommen habe. Ausnahmen gab es, die sich aber hauptsächlich aus aussenstehenden Elementen rekrutierten. Von der Stellung der Bischöfe könne er selbst nur schwer sprechen, erinnere aber an die grosse Versammlung, die bei dem in der heutigen Herrenhaussitzung anwesenden Lemberger Stadtpräsidenten Dr. Rutowski stattfand. Damals trat ein Redner auf, der den Polen klarzulegen versuchte, es wäre unklug, nicht mit den Tatsachen zu rechnen, und in einem Moment, in welchem Oesterreich so schwach und Russland so stark ist, nicht an die Zukunft zu denken. Dagegen habe Redner erklärt, eben deshalb, weil Oesterreich jetzt schwach sei, haben wir umso mehr die Pflicht, die wir uns selbst schuldig sind, aus moralischen Gründen an Oesterreich festzuhalten. In demselben Sinne sprach Erzbischof Bilczewski. Die ganze Versammlung, in der sich die Elite der Intelligenz Lembergs befand, war mit Ausnahme des einzigen Redners mit dieser Haltung einverstanden. Redner erinnere weiter an die vielen tausende Gefangenen, welche damals bei den angesehensten Familien Lembergs sich verborgen hielten. Wenn man bedenkt, dass die mindeste Strafe für die Bewohner, die Deportation nach Russland war, müsse man dieses Heldentum anerkennen.

Fürst Auersperg habe auch die Organisationen erwähnt, welche des Russophilismus verdächtig sind. Leider habe er die Namen

nicht genannt. Da könne Redner nur daran erinnern, dass die Sokolorganisationen sich vor dem Kriege von den anderen Organisationen losrissen, weil die russischen Sokolorganisationen in den Verband eingetreten sind. Auch die Organisation der „Szkoła Ludowa“ habe sich sehr gut bewährt.

Was die Verwaltung in Galizien betrifft, müsse man als Ausnahme den Statthalter Generalmajor Diller erwähnen, der der polnischen Sprache voll mächtig ist; aber ein Statthalter, der der polnischen Sprache nicht mächtig ist, müsse, auch wenn er den besten Willen habe, sich oder andere falsch informieren, was dann zu falschen Massregeln führt.

Wenn Fürst Auersperg sagte, dass er nach den Reden des Grafen Piniński und Ritter v. Biliński nicht über die Haltung der Polen im Parlament in der letzten Zeit klar würde, so könne Redner nur darauf erwidern, dass die Ursache in einer gewissen Stimmung, die sich in Galizien seit Monaten und Jahren kundgibt zu suchen sei, nicht in einer Abneigung, sondern im Gegenteil, in einer Zuneigung zu Oesterreich.

Redner habe selbst den Einzug unserer Truppen im wiedereroberten Lemberg erlebt und war Zeuge des Enthusiasmus, der die Massen ergriff. Mit Tränen in den Augen sagte damals ein truppenführender Erzherzog: „Diesen Tag werde ich nie in meinem Leben vergessen“. Da man aber den Ton der Volksseele missverstanden und jene Methoden eingeführt hat, von welchen gestern schon gesprochen wurde, sei der Umschwung in der Stimmung des Volkes eingetreten, aber nicht gegen die Monarchie, nicht gegen die geliebte Person des Herrschers, wohl aber gegen die Regierung. Die letzte Krise könne man als Folgen des Einzuges dieses Umschwunges in der Volksstimmung in das Parlament betrachten.

Man könne auch den polnischen Abgeordneten nicht vorwerfen, dass sie dem Staate das Budget verweigert hätten. Sie haben doch gesagt, dass sie für das Budget stimmen unter einer Bedingung, die nicht so sehr eine praktische und materielle als vielleicht eine Bedingung ideeller Natur war. Es war gewissermassen ein Opfer für die Volksseele, wenn sie manche Persönlichkeiten, von welchen Redner den früheren Landesverteidigungsminister Freiherrn v. Georgi ausnehmen möchte, nicht in der Regierung haben wollte. Wenn sich Fürst Auersperg darüber wunderte, dass die Polen jetzt schon, da der Krieg noch nicht entschieden ist, von der Monarchie eine Erklärung über das Königreich Polen verlangen, so dürfte man den Polen dies nicht zur Last schreiben. Die Polen sind es ja nur, welche die Folgerungen aus der Deklaration vom 5. November gezogen haben; dieser Akt, der die Initiative ergriff, ist von unvergänglichem Werte, der von niemanden geschwächt werden kann. Alle früheren Hoffnungen, welche sich an die Vereinigung des Königreichs Polen mit Galizien knüpften und ihre Grundlage in den Versprechungen

— natürlich nur eventuellen Versprechungen — hatten, wurden zunichte gemacht, so dass ein Wall zwischen Galizien und dem Königreich Polen entstand. Aber nicht nur dieser Damm zwischen Galizien und Polen, auch eine militärische Grenze zwischen Galizien und Polen wurde errichtet.

Man kann es den Polen nicht als Verrat oder illoyale Haltung gegenüber der Monarchie anrechnen, wenn sie, vor die Frage gestellt, was sie für Polen wünschen, über die Einheit sprechen. Es ist nicht gleichgültig für unsere Monarchie, wie ihre Stellung zum Königreiche Polen sich in der Zukunft gestalten wird. Nicht nur für die Monarchie, sondern überhaupt für die Zentralmächte ist es nicht gleichgültig, ob das Königreich Polen an Deutschland oder an Oesterreich angeschlossen wurde.

Die Polen haben sich schon längst entschieden, sie gehören mit ihrer ganzen Seele zu der Zivilitation des Westens, sie haben diese Zivilisation nach dem Osten getragen. Man muss auch die andere Seite fragen, wie sie sich zu diesem Problem stellt. Die Bestrebungen waren und sind gewiss ehrlich, aber ich weiss nicht, welche Ursachen im Spiele sind. Vielleicht ist es das Missverstehen der Volksseele, der Mangel einer gewissen Akustik, vielleicht manche Methode — ich muss konstatieren, dass, wenn es im Königreich Polen so weiter geht, man die nationalen Faktoren nicht mehr beschuldigen kann, wenn sie gegenüber gewissen Strömungen von Russland, die jetzt eindringen, ohnmächtig sind. Es soll daher schon jetzt ein gewisses Memento an die Zentralmächte gerichtet werden, darüber nachzudenken, was zu machen ist.

Wenn Redner als Laie auch über die Verhältnisse der anderen Nationalitäten spreche, so möchte er raten, dass sich in diesem Kampfe der Parteien und Nationalitäten jede Regierung hüten möge, die Stelle eines Beichtvaters zu übernehmen, der blos die Absolution gibt, wenn er sie überhaupt gibt. Wenn man die verschiedenen Symptome betrachtet, die gewiss ungünstig sind, so sollte doch jede Regierung in ihr Gewissen eingehen, ob sie nicht in irgend einer Weise gegen eine Nation vorgegangen ist und auch ihrerseits die Motive revidieren. Erst dann liesse sich ein gemeinsames Einvernehmen erzielen und eine starke Regierung begründen. Die Nationalitäten in Oesterreich müssen doch auf ihrem Argumente beharren, welches in der Selbstbehauptung liegt. Sie müssen an der österreichischen Monarchie einen Magnet haben und zur Ueberzeugung kommen, dass es ihnen hier besser geht als irgendwo anders.

Die Animosität der einzelnen Völker gegeneinander verdunkelt den Verstand und das Urteil. Wir brauchen nach so viel furchtbaren Erlebnissen sehr viel Optimismus. Zu gross sind die Opfer, welche die Völker in diesem furchtbaren Kampfe dargebracht haben als dass man nicht an die göttliche Vorsehung appellieren müsste, welche, indem sie das zulässt, zugleich über Heilmittel für die Mensch-

heit nachdenkt. Die Arznei für eine Renovation der Staaten und Völker ist vor allem in der Demütigung des heutigen Menschen zu suchen. Der Friedensfürst, der Papst, hat Europa schon öfters daran erinnert, und die Staaten kommen immer mehr zur Einsicht, dass nur auf Grundlage der Gerechtigkeit, der Liebe und der höheren moralischen Faktoren ein wirklicher Friede zwischen den Völkern geschaffen werden kann. Oesterreich, das so viele Nationalitäten in sich vereinigt, wird da eine grosse Rolle zu spielen haben. Es sei dem Redner ungemein leid, dass der so hoch geschätzte Ministerpräsident Clam nach kurzer Zeit zurücktreten musste. Er glaube, dass in dem Losungswort, welches Graf Clam hinterlassen hat, die erste Neuorientierung sich erblicken lasse, die zur Grundlage die Gerechtigkeit hat.

Was den Frieden anbelangt, so muss er je eher, je besser eintreten. Da muss man mit der grössten Schätzung unseres Monarchen gedenken. Er hat sein Herrschernoviziat im Getümmel des Krieges durchgemacht, und trotzdem geht sein ganzes Sehnen, man könnte sagen, in entgegengesetzter Richtung, wobei die Liebe über den Genius der Jugend einen Triumph davongetragen hat. Sie geht in der Richtung des Friedens, den er sehnlichst wünscht. Die Rolle der Völker und die Rolle der Parlamente wird darin bestehen, die Stimmung der Regierenden zu popularisieren und so an dem grossen Werk des Friedens mitzuarbeiten. Wenn früher der Grundsatz gegolten hat: „Si vis pacem, para bellum!“, so muss jetzt als Grundsatz gelten: „Si vis pacem, para pacem!“

Generaloberst Dankl (Mittelpartei) führt aus, er bedauere sehr, dass er bemüssigt sei, gegen einzelne Stellen der gestrigen Rede des Dr. Ritter v. Biliński entschieden Stellung zu nehmen. Dr. Ritter v. Biliński hat der Armee warme Worte gewidmet, hat aber gleichzeitig auch gesagt: die Administration der Armee hat in Russisch-Polen und zwar in der Zeit vom Herbst 1914 bis 1915 die russische Orientierung gefördert.

Obwohl dieser Passus verschiedener Auslegung fähig ist, so besagt er doch wohl — aus dem diplomatischen in gewöhnliches Deutsch übertragen und wenn man die mildeste Auffassung wählt — die österreichische Armee habe in Russisch-Polen die Geschäfte der Russen besorgt. Da ich zu dieser Zeit, und zwar bis zum 28. Mai 1915, die Ehre hatte, in Russisch-Polen als Armeekommandant durch das Etappenkommando und die Kreiskommanden eine Administration zu führen und das Generalgouvernement Lublin noch nicht aufgestellt war, so wird mir direkt dieser Vorwurf gemacht. Ich will keine weiteren Erörterungen daran knüpfen und möchte nur konstatieren, dass weder ich noch mein Etappenkommando noch die mir unterstehenden Kreiskommanden irgendwelche russische Orientierung gegen die einheimische Bevölkerung gefördert haben, und weise daher diesen Vorwurf in meinem Namen und im Namen meiner

braven Kreiskommanden auf das entschiedenste zurück. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir konnten uns damals selbstverständlich nur mit den primitivsten Angelegenheiten der Verwaltung befassen, mit der Aufstellung der Kreiskommanden, der Abgrenzung der Kompetenzen, der Wiedereinsetzung der geflohenen Behörden usw. Wir hatten also für Massnahmen, welche über das gewöhnliche Mass hinausgingen und vielleicht politische Tragweite hatten, gar keine Zeit. Aber ich kann gerade auf das Kreiskommando Dombrowa mit Stolz hinweisen, das in jener Zeit sich durch die rasche Wiederinstandsetzung der so wichtigen Kohlenwerke und die Unterstützung der dortigen notleidenden arbeitenden Bevölkerung sehr grosse Verdienste erworben hat. (Zustimmung.)

Allerdings ist bei einem andern Kreiskommando auch eine sehr unangenehme und peinliche Angelegenheit vorgekommen, die allerdings stark nach russischer Orientierung riecht oder daran erinnert. Diese wurde aber einzig und allein durch einen zugeteilten polnischen Beamten, und zwar von bekanntem Namen, hervorgerufen. Ich erwähne weiter, dass zu jener Zeit der Fürstbischof von Krakau, Fürst Sapieha, sich an mich wegen Verteilung von Unterstützungen an die Notleidenden gewendet hat, ebenso auch seine Brüder. Ich glaube nicht, dass diese Herren sich an mich gewendet hätten, wenn ich in dem Verdacht gestanden wäre, eine russische Orientierung zu fördern. (Zustimmung.) Ich glaube auch nicht, dass diese Herrren sich irgendwie über mich zu beklagen gehabt hätten. Ich denke, im Gegenteil. Vorsichtig mussten wir allerdings sein, denn wir standen auf unterwühltem Boden. Wir waren in Feindesland und auf Schritt und Tritt von Verrat umlauert. (Zustimmung.) Von einem polnischen Enthusiasmus war blutwenig, um nicht zu sagen garnichts, zu spüren, und auch die polnischen Legionen haben das, und in nicht gerade sehr angenehmer Weise, zu fühlen bekommen.

Ritter von Biliński hat aber auch weiter gesagt, dass das Armeeoberkommando gegen die Polen vorgegangen sei, und zwar in absichtlicher oder gehässiger Weise. So war der Sinn. Ich bin zwar nicht berufen, das Oberkommando irgendwie zu verteidigen, aber ich bin der einzige Anwesende hier im Hause, der unter dem direkten Befehl des Oberkommandos eine Armee geführt hat. Ich bin daher über die Intentionen des Oberkommandos so ziemlich orientiert und möchte nicht viel Zeit darüber verstreichen lassen, um zu konstatieren, dass mir von einer solchen Orientierung des Armeeoberkommandos nichts bekannt ist und dass ich auch nicht wüsste, woher diese kommen sollte. Wir haben bei unserem Aufmarsch in Galizien bei den politischen Behörden keineswegs allgemein jene Unterstützung gefunden (Hört! Hört!), die wir bei österreichischen Behörden in unserem Lande eigentlich zu fordern berechtigt waren. Ich war selbst genötigt, während des Aufmarsches in dieser schweren,

ernsten und verantwortungsvollen Zeit einen Bezirkshauptmann wegen seines Verhaltens gegen uns zur Anzeige zu bringen. Dieselbe Erfahrung dürfte wahrscheinlich auch das Oberkommando gemacht haben. Seine kaiserliche Hoheit Feldmarschall Erzherzog Friedrich, dem gewiss niemand den Vorwurf der Polenfeindlichkeit oder der Gehässigkeit gegen die Polen machen wird, hat mir gegenüber selbst erwähnt, welch schweren Stand er mit den polnischen Behörden in Galizien habe. Also, audiatur et altera pars, bevor man so schwerwiegende Beschuldigungen gegen die eigene Armee und das eigene Armeeoberkommando erhebt, die sich gerade in jener Zeit die grössten und unvergänglichsten Verdienste um den Staat erworben haben. (Beifall.)

Ich denke, die Geschichte des Feldzuges wird wohl voraussichtlich darstellen müssen, unter welch schweren Umständen wir den Kampf begonnen und weitergeführt haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Ritter v. Biliński (Pole) führt aus, der Vorredner, den alle als den Führer jener Armee, welche die ersten siegreichen Schlachten auf altpolnischem Boden geschlagen hat. in bester und dankbarster Erinnerung haben. habe aus den gestrigen Ausführungen des Redners Schlüsse gezogen, welche, wenn sie richtig wären, naturgemäss den Ton und die Richtung seiner Rede begründet erscheinen lassen würden. Exzellenz Dankl habe die Sache auf ein Niveau gestellt, auf das Redner ihm deshalb nicht folgen könne, weil er ja dieselben Gefühle für die Armee und dieselbe Bewunderung für die Führung der Armee wie er hege. Insofern könne er mit ihm nicht argumentieren. Denn was Exzellenz Dankl über die Verdienste des Armeeoberkommandos und über die Verdienste der Armee überhaupt gesagt hat, habe Redner ja gestern mehr oder weniger mit denselben Worten ausgesprochen.

Zunächst wolle Redner berichtigen, dass er glaube, nicht von dem Jahr 1914/15, sondern von den Jahren 1915, 1916 gesprochen zu haben, also von der Zeit, als das Königreich Polen bereits erobert und eine Verwaltung eingerichtet war. Es ist ja natürlich, dass auf die Stimmung der Bevölkerung in Galizien nicht bloss die Ereignisse in Galizien selbst, sondern auch jene in dem Königreiche Polen, namentlich in der Kriegszeit, Wirkung geübt haben. Dass aber die Leitung einer Verwaltung, in diesem Falle also die oberste Leitung, eine russisch-orientierte gewesen wäre oder russische Geschäfte gemacht hätte, das zu sagen sei Redner nie in den Sinn gekommen. Ganz ohne vorgefasste Absicht eines höheren Kommandos seien bei der Verwaltung Irrtümer, Fehler vorgekommen, welche bei der Bevölkerung, von der gewiss ein grosser Teil eine russische Orientierung in sich trug, in dem angedeuteten Sinne wirken mussten. Die österreichische Verwaltung hätte in jedem, dem grössten und dem kleinsten Verwaltungsakt, von dem Gedanken ausgehen müssen, es

müsse alles so geschehen, dass die Bevölkerung bei jedem dieser Akte zur Ueberzeugung kommt, die österreichische Verwaltung sei eine bessere, der Bevölkerung wohlwollendere.

Redner führt Beispiele dafür an, dass dieser Gesichtspunkt von den Kreiskommanden nicht genügend berücksichtigt worden sei, und verweist unter anderem auf die ursprüngliche Nichtanerkennung des Begriffes der polnischen Staatsangehörigkeit, der auch unter der russischen Herrschaft fortbestanden habe. Die Deutschen in Warschau haben die Bedeutung dieses Ausdruckes für die Bevölkerung sofort herausgefunden und den unangenehmen Ausdruck „Polen russischer Staatsangehörigkeit" nicht gebraucht, der in verschiedenen Erlässen unserer Behörden vorkam und erst auf Grund nachhaltiger Interventionen beseitigt wurde. Der Polenklub hat von diesen Gesichtspunkten aus ein grosses Memorandum im Juni vorigen Jahres dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Aeussern überreicht. Man muss sagen, dass dann sehr viel gerichtet worden ist. Besonders jetzt hat sich die Sache bedeutend gebessert. Aber nicht im Traume sei es dem Redner eingefallen, zu sagen, das Oberkommando hätte derartiges getan oder gar absichtlich. Er habe gestern ausdrücklich gesagt, dass Baron Diller der populärste Mann im Königreich Polen war und das seine Transferierung nach Galizien dort mit Tränen aufgenommen wurde

Die Zentralmächte haben den Krieg nicht geführt für Polen oder um Polen zu errichten, die Zentralmächte haben den Krieg für sich geführt. Aber ihr Interesse hat eben erfordert, dass Polen auferstehe, und es ist eine echt österreichische Politik, wenn man im Königreiche Polen eine polenfreundliche Politik macht. Wenn die Argumentation des Redners von manchen nicht gebilligt werde, so könne er doch sagen, dass die beiden Kaiser sie gebilligt haben; denn sie haben Polen errichtet. Weil wir die Armee so liebten und lieben, hat es uns geschmerzt, wenn Dinge vorgekommen sind, welche auf die Bevölkerung erbitternd wirken mussten. Eine solche Aussprache ist nichts Schädliches. Sie beweist, dass wir ausharren wollen in diesen Gefühlen für die Armee und stets treu bleiben werden demjenigen, was wir seit fünfzig Jahren getan haben. (Zustimmung und Beifall bei den Polen.) Wenn Redner sich gestern schlecht ausgedrückt haben sollte, so sei er zu dieser amende honorable bereit. Aber er habe nichts anderes gesagt, als was er jetzt erwähnt habe. Man kann die Interessen der Zentralmächte heute nicht anders fördern, als durch die Errichtung Polens. Und man könne nicht verstehen, wie überhaupt jemand, der die Politik Deutschlands und den Verstand der deutschen Politikdr kenne, glauben könne, dass Deutschland unter irgendeiner Form Polen an Russland verhandeln möchte. Indem er das konstatiere, glaube er, dass Exzellenz Dankl, dessen Namen er von Krasnik nicht trennen könne, vielleicht anerkennen werde, dass ihm nichts ferner gelegen sei, als das zu behaupten, was Exzellenz Dankl in seinen Worten zu meinen hörte. (Beifall bei den Polen.)

Freiherr v. Diller stimmt dem Grafen Thun darin bei, dass unsere altehrwürdige Monarchie nur dann fortbestehen könne, wenn alle Volksstämme an ihrer Erhaltung und Festigung vereint arbeiten, wenn der Gedanke an die Nationalität dem einzelnen kein Hindernis ist, trotzdem ein guter Oesterreicher zu sein. Dieser Grundsatz sei in das Programm seiner Gruppe aufgenommen, er glaube aber, dass er auch bei der Majorität der Nationalitäten vorhanden sei, dass sie auch noch gute Oesterreicher sein wollen. (Beifall.) Daher sei eine Anschuldigung, welche gegen eine Nationalität als solche hier vorgebracht wird, entschieden weder politisch noch das Staatsrecht fördernd. (Beifall rechts.) Wenn sie aber schon einmal gefallen sei, glaube er sich auch berechtigt, im Namen seiner politischen Freunde zu erklären, dass auch sie als gute Oesterreicher solche Vorkommnisse, wenn sie geschehen sind, auf das schärfste verurteilen. (Lebhafter Beifall.)

So sympathisch ihm die militärischen Ausführungen des Fürsten Auersperg gewesen seien, so müsse er ihm doch darin widersprechen, wenn er die polnische Grenzbevölkerung einer unverlässlichen Haltung beschuldigt habe. Ich war, sagt Redner, über zweieinhalb Jahre in der Front, hinter der Front in Galizien und Polen. In diesen fast 3 Jahren ist mir kein einziger Fall von Verrat vorgekommen. (Lebhafter Beifall bei den Polen.) Auch die Anschuldigung gegen die politischen Beamten Galiziens muss ich als unbegründet zurückweisen. (Beifall.) Meine politischen Beamten haben sowohl in Galizien wie in Polen sich ihrer schwierigen Aufgabe mit Hingebung gewidmet und ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. (Beifall.) Dr. v. Biliński habe die Person des Redners zwar ausnehmen wollen, aber in seinen Ausführungen sei doch ein gewisser Vorwurf gegen die militärischen Statthalter und Militärgouverneure enthalten gewesen. Waren aber nicht gerade unter diesen militärischen Statthaltern und Gouverneuren die politischen Beamten, die früher unter einem rein politischen Druck gearbeitet haben, dadurch, dass sie jetzt von der Politik ganz frei waren, mehr imstande, den wirtschaftlichen Verhältnissen ihres Verwaltnngsgebietes sich zu widmen? Ich glaube, es war so, sagt Redner, denn sie haben das für sie Neue in einer geradezu famosen Weise gemacht, und ich war sehr zufrieden mit ihnen.

Mit den in formvollendeter Weise vorgebrachten Ausführungen Dr. Sieghart s werde wohl jeder im Prinzip einverstanden sein. Der Gedanke, unsern Nationalitätenstreit auf das wirtschaftliche Gebiet zu lenken und dadurch zu bewirken, dass die Streitaxt einmal begraben werde, sei sehr sympatisch; es sei nur zu wünschen, dass dieser Gedanke Gemeingut aller Oesterreicher und durchgeführt werde. (Beifall.)

Vizepräsident Fürst Fürstenberg: Ehe ich dem nächsten Herrn Redner das Wort erteile, sehe ich mich nach Einsichtnahme in das

stenograpische Protokoll der Rede Sr. Exzellenz des Herrn Erzbischofs Theodorowicz veranlasst, festzustellen, dass der Ton der ganzen Rede, ganz besonders aber einzelne Worte und Wendungen, als gegen unsern erprobten und treuen deutschen Bundesgenossen gerichtet, unsere Empfindungen und Gefühle schwer verletzt haben, und ich mich daher veranlasst und verpflichtet fühle, sie auf das entschiedenste zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) In solcher Sache muss ich klar und deutlich sprechen.

Dr. R. v. Korytowski bespricht Fragen finanzieller Natur und führt ferner aus: Was zunächst die Bemerkung des Generalobersten Daukl über die Vorfälle in der politischen Verwaltung in Galizien betreffe, so müsse er vor allem seiner Pflicht ebenso als seinem Herzensbedürfnissen entsprechen, wenn er als gewesener Chef dieser Verwaltung in jener Zeit, von der eben Generaloberst Dankl sprach, entsprecheude Aufklärungen gebe. Der vom Generalobersten Dankl genannte Fall, in welchem ein Bezirkshauptmann dem Wunsche der Armee nicht entsprochen hatte, habe sich ereignet. Aber nicht nur dieser Fall, sondern mehrere derartige Fälle seien vorgekommen. Redner wurde als Chef der politischen Verwaltung Galiziens von von jedem einzelnen solchem Falle telegraphisch oder telephonisch durch das Armeeoberkommando in Kenntnis gesetzt und habe mit der Energie, die man ihm wohl nicht absprechen könne, sofort die strengste Untersuchung eingeleitet, und sehr oft persönlich durchgeführt. Er könne mitteilen, dass sich nicht ein einziger Fall ereignet habe, in welchem man einem Chef der politischen Verwaltung erster Instanz irgend einen ernstlichen Vorwurf hätte machen können. Die näheren Umstände zu erörtern, wer daran schuld war, verbiete ihm das Amtsgeheimnis. Er könne jedoch darauf verweisen, dass er mit Bewilligung des Kaisers Franz Josef gegenüber Anwürfen, die in verschiedenen Zeitungen und von verschiedenen Parteien erhoben wurden, im April 1915 eine amtliche Verlautbarung in der Lemberger Amtszeitung veranlasste, in der erklärt wurde, dass alle diese Pauschalverdächtigungen galizischer Beamten vollständig unbegründet seinen und dass die gemeinsam mit den militärischen Kommanden durchgeführten Erhebungen die Haltlosigkeit dieser Behauptungen dargetan haben. Die Zeit nach der Amtsführung des Redners habe General Diller entsprechend beleuchtet.

Zu seinem tiefsten Bedauern müsse Redner konstatieren, dass die gegenwärtige Debatte im Herrenhause teilweise einen Charakter angenommen habe, den man im Interesse des Vaterlandes nicht wünschen könne, insbesondere die Besprechungen der Vorfälle im anderen Hause sei nach konstitutionellem Brauch im Herrenhause nicht Sitte gewesen und sei es bedauerlich, dass hier Worte gefallen sind, welche sicher in dem andern Hause unangenehmen Widerhall finden werden.

Erzbischof Teodorowicz: Se. Durchlaucht, der Herr Prä-

sident, hat den Ton und einzelne Worte meiner Rede als gegen das verbündete Deutsche Reich gerichtet gerügt. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass mir diese Absicht fern lag, und dass ich es lebhaft bedauere, dass meine aus dem Stegreif und ohne jede Vorbereitung vorgebrachten Ausführungen schärfer klangen, als dies meinen Intentionen entsprach. Dazu hat wohl auch der Umstand beigetragen, dass ich der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig bin. (Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Pressestimmen.

„Mittel-Europa“, Mitteilungen des Arbeitsauschusses für Mitteleuropa. Heft 1. vom 1. Juli, Schriftleitung: Berlin SW. 68, Markgrafenstrasse 73.

Eine der grossen Ideen, die der Weltkrieg in Deutschland hervorgerufen hat — das von Friedrich Naumann in Flug gebrachte „Mitteleuropa“ — ist bis jetzt mehr ein Schlagwort, als positives, zur schöpferischen Arbeit anleitendes Programm. Es hat eine Reihe von Brochüren und Pressestimmen hervorgebracht; aus dem vorliegenden Hefte erfahren wir, dass der Arbeitsauschuss für Mitteleuropa fleissig wirkt und dass es in Berlin mehrere Verbände gibt, die für diese Idee tätig sind. Wir erfahren nämlich, dass im März dieses Jahres die Vorstände aller Berliner Verbände, die für diesen Zweck gegründet worden sind, in einer Sitzung unter Vorsitz Sr. Exz. des Herrn Staatsministers Kühn zusammengekommen sind, um gegenseitig Fühlung zu nehmen, Interessen und Erfahrungen auszutauschen und die Möglichkeiten eines einheitlichen Vorgehens zu erörtern. Die Anwesenden beschlossen in voller Würdigung des Wertes solcher Aussprachen, die Zusammenkünfte in gewissen Abständen zu wiederholen. Die zweite Sitzung hat im Mai d. J. stattgefunden. Vertreten waren: die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung, der Arbeitsausschuss für Mittel-Europa, der Deutsch-Oesterreich-Ungarische Wirtschaftsverband, der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein, die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft, der Deutsch-Bulgarische Verein und die Deutsch-Türkische Vereinigung.

Es fehlte aber an einem gemeinsamen Brennpunkt für all diese Bestrebungen, aus welchen diese aufklärenden und die öffentliche Meinung informierenden Strahlen ausströmen konnten.

Diesem unzweifelhaft aktuellen Bedürfnis, das umso wichtiger ist, je eifriger die Kriegszieldebatten und die Frie-

densbedingungen diskutiert werden, entspricht die neugegründete, obenerwähnte Wochenschrift Hier soll ein Sammelpunkt für sämtliche mitteleuropäische Bestrebungen sein. Die Führer dieser Bewegung wollen hier dafür wirken, dass die weltgeschichtliche Aufgabe, die im Namen Mittel-Europa liegt, nicht halb, sondern ganz zu lösen ist, und das verpflichtet, jede Teilfrage, die der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einheit, das staatsrechtliche Problem und das der Zollgemeinschaft, das Thema Polen und all die vielen anderen Probleme nicht zag, sondern mutig zum Ganzen entschlossen anzugreifen

Die Bürgschaft für diesen politischen Willen der Zeitschrift haben Politiker verschiedener Parteien im gleichen Sinne übernommen. In der literarischen Vertretung des Arbeitsauschusses stehen die Mitglieder des Reichstages, Dr. Friedrich Naumann, Exz. Dr. Freiherr von Rechenberg, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr Eugen Schiffer und Arbeitersekeretär Robert Schmidt zusammen Die verantwortliche Schriftleitung liegt in den Händen von Dr. Walther Schotte.

In einem einleitenden Aufsatze appelliert Friedrich Naumann an die denkenden Politiker, sie mögen aus dem Gebiete der grauen Theorie auf dasjenige der politischen Praxis übergehen und die Lösung der wichtigsten Fragen in Erörterung ziehen, also die Militärgemeinschaft, Ernährungsgemeinschaft, Geldgemeinschaft, Staatsgemeinschaft diskutieren. Demgemäss bringt die neue Zeitschrift instruktive Bemerkungen zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und eine Reihe von anregenden Ideen zum Thema „Form und Inhalt des mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes", von Dr. Gustav Stelper, Wien, dessen Buch „Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem" neben dem Naumannschen für die Frage „Mitteleuropa" grundlegend geworden ist.

Aus den Mitteilungen des Arbeitsauschusses für Mitteleuropa erfahren wir, dass dieser sich auch mit der Polenfrage befasst hat. Das ist für uns selbstverständlich und wir können nur bedauern, dass die Polen bis jetzt so wenig zu diesen Arbeiten und Verhandlungen zugezogen werden. Nur bei konkreter Arbeit und nicht bei allgemeinen Erörterungen lernen sich die Leute gegenseitig kennen und ihre Interessen in Einklang bringen.

In der Chronik wird die gegenwärtige Krisis in Oesterreich besprochen. Nach der Auffassung der Redaktion steht dieselbe in einem viel tieferen Zusammenhang mit der polnischen Frage Oesterreich-Ungarns, als nur die Nichtbefriedigung der sachlichen Forderungen der Polen inbezug auf Galizien. Die Redaktion vertritt die Meinung, dass aussen-

politische Gründe, die in der Kriegszielpolitik der Monarchie beruhen, es waren, die den Sturz des Ministeriums Clam-Martiniz verursacht haben.

Für die Anhänger der Idee „Mitteleuropa", aber auch für jeden tiefer blickenden Politiker, ist die neugegründete Zeitschrift zur Orientierung unentbehrlich.

NOTIZEN.

Politisches.

Vom Staatsrat. Warschau, 4. Juli. (W. T. B.) In der letzten Sitzung des provisorischen Staatsrates wurde der von den deutschen Besatzungsbehörden vorgelegte Entwurf einer Vermögenssteuer grundsätzlich angenommen und seine Durchführung abhängig gemacht von Vorlegung eines entsprechenden Entwurfes betreffend das österreichische Besetzungsgebiet, welcher laut Mitteilung des österreichischen Kommissars im Laufe des Juli unterbreitet werden soll. Der Haushaltsplan für Juni wurde genehmigt. An Stelle des bisherigen Leiters der Finanzabteilung, Dzierzbicki, wurde auf Antrag des geschäftsführenden Ausschusses Natanson berufen. In Sachen der Militärgerichtsbarkeit im polnischen Heere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, dass die Offiziere und Soldaten der polnischen Legionen, welche österreichische Staatsangehörige sind, für Kriegsdauer der militärischen Gerichtsbarkeit des polnischen Heeres unterstehen. Beschlossen wurde ferner, das deutsche Militärstrafgesetz und -verfahren einstweilen für die polnische Wehrmacht anzunehmen und einen besonderen Ausschuss zur Ausarbeitung des polnischen Militärstrafgesetzbuches und -verfahrens zu bilden. Es wurde anerkannt, dass die Ausübung der Gerichtsbarkeit im polnischen Heere ausschliesslich den polnischen Offizieren ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit übertragen werde müsse. Von den allgemeinen Plänen des deutschen Generalgouverneurs betreffend die Lebensmittelversorgung des Landes insbesondere der Plan der Schaffung eines Landesgetreideamtes unter Teilnahme von Vertretern der polnischen Gesellschaft wurde Kenntnis genommen und beschlossen, sich an das Generalgouvernement Lublin mit der Bitte um Genehmigung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu wenden. Zur Kenntnis genommen wurden die Mandatsniederlegungen von Piłsudski, Jankowski, Stolarski und Śliwiński.

Die Eidesformel der poln. Legionen. Die Eidesformel, die für die polnischen Legionen festgesetzt worden ist, lautet nach dem „Kurjer Warszawski" folgendermassen:

Ich beschwöre bei dem allmächtigen Gotte, dass ich meinem Vaterlande, dem Königreiche Polen und meinem künftigen Könige

zu Wasser und zu Lande und an jeglichem Orte treu und redlich dienen werde, dass ich im gegenwärtigen Kriege der Waffenbrüderschaft mit den Heeren Deutschlands, Oesterreich Ungarns, sowie mit den diesen verbündeten Staaten Treue bewahren werde, dass ich meinen Vorgesetzten und Führern gehorchen, die mir gegebenen Befehle und Vorschriften erfüllen und mich überhaupt so verhalten werde, dass ich als tapferer und braver polnischer Soldat leben und sterben kann. So helfe mir Gott!

Die „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ erwidert in ihrer letzten Nummer auf unsere Polemik in Heft 62. Unsere Beweisführung wird nicht entkräftet, dagegen beschuldigt uns der Verfasser, dass wir einer fremden Orientierung dienen Die „Polnischen Blätter“ können nur einer Orientierung dienen, d. h. der polnischen, die mit den Interessen der Zentralmächte in Einklang gebracht werden. Polen soll die Verbündeten einander näherbringen und stärken, aber nicht zersetzen. Der Verfasser lässt sich zu dem Satz hinreissen: „Die Zulassung der einzigen durchgreifenden Lösung im österreichischen Sinn, der trialistischen Vereinigung von Polen und Galizien unter dem österreichischen Kaiser, ist an und für sich ausgeschlossen, solange es in Preussen noch einen Strick oder eine Kugel für Landesverräter gibt“. Wo eine politische Aussprache mit Hilfe von Strick und Kugel geführt wird — da legen wir unsere Feder nieder.

Die Warschauer Studenten. Der Gouverneur von Warschau, von Etzdorf, macht bekannt, dass sämtliche Studenten der Warschauer Universität und des Warschauer Polytechnikums soweit sie nicht ständige Einwohner Warschaus sind, die Stadt bis zum 5. Juli ds. J. verlassen müssen.

Kultur.

Eine Subvention für die humanistische Schule in Chełm. Der humanistischen Schule in Chełm ist vom k. u. k. Generalgouvernement in Lublin eine einmalige Subvention in Höhe von 10000 Kronen zuerkannt worden. Die Schule hatte infolge der Kriegsereignisse mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.

Die Schaubühne

Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft

Herausgeber: **Siegfried Jacobsohn.**

Stimmen der Presse:

Deutsche Tageszeitung vom 25. September 1914: Wir können diese Zeitschrift bestens empfehlen. Grade neuerdings verdient sie besondere Beachtung um ihres ungewöhnlichen Freimuts willen.

Hamburger Nachrichten vom 17. Oktober 1914: Dass die Schaubühne nicht einseitig nur dem Rampenlicht dient, zeigen die Hefte der letzten Monate, in denen sie zu einer kritischen Bühne der Weltvorgänge sich mit gutem Geschick erweitert hat.

Bohemia vom 28 Oktober 1914: Die Schaubühne unternimmt den anregenden Versuch, die Kriegsereignisse unter besonderen Gesichtspunkten zu betrachten, und führt das in vielen ausgezeichneten und gehaltvollen Artikeln durch.

Breslauer Zeitung vom 29. November 1914: Man lese diese vorvortreffliche Zeitschrift, die seit geraumer Zeit aufgehört hat eine pure Theaterzeitschrift zu sein.

Dresdner Anzeiger vom 11 Dezember 1914: Die Schaubühne hat sich in diesen Monaten mehr denn je zu einer allgemeinen Uebersicht der grossen geistigen Bewegungen unserer Zeit entwickelt.

Neue Badische Landeszeitung vom 25. März 1915: Sehr erfreulich ist während des Krieges die Arbeit der Schaubühne, die sich zu einer Revue des gesamten kulturellen Lebens mit einer Fülle von ebenso wertvollen wie geschmackvollen Aufsätzen ausgestaltet hat.

Neue Züricher Zeitung vom 6 Januar 1916: Eine lebendige Wochenschrift, die sich in dieser, der freien Meinungsäuserung nirgends günstigen Zeit eine bemerkenswerte Selbständigkeit des Urteils gewahrt hat und nicht nur Theaterinteressen dient, sondern auch über allgemein wichtige und wertvolle Geistes- und Kulturfragen ungeniert spricht

Basler Nationalzeitung vom 22 Januar 1916: Wir können garnicht oft genug auf die Qualitäten der Schaubühne hinweisen, die sich im Kriege von einer führenden Theaterzeitschrift zu einer kritischen Wochenschrift allgemeinen Inhalts erweitert hat.

Die Zukunft: Die Schaubühne ist eine der am würdigsten redigierten Zeitschriften, die wir besitzen. Ein Golfstrom: Lebendigkeit, Wärme, Geistigkeit, Kampf, Witz, Seele geht von ihr aus

Berliner Tageblatt: Eine ernsthafte Zeitschrift, die als Ganzes ihren Kulturwert hat

Vierteljährlich 4. –, jährlich 14 M Einzelnummer 40 Pf.

Einmonatiges Probe-Abonnement kostenfrei

Verlag der Schaubühne, Charlottenburg, Dernburgstrasse 25.